

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Aus- und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen, sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs und von Gegenständen, die zur Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln dienen, bringe ich Nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Die Bekanntmachung vom 6. Februar 1916 (Reichsanzeiger Nr. 32 vom 7. Februar 1916) wird dahin abgeändert, daß an die Stelle der dort namentlich bezeichneten, dem Ausfuhr- und Durchfuhrverbot nicht unterliegenden Werkzeuge die folgenden Werkzeuge treten:

Abblützungen;
Amboffe;
Anchtraubföddchen;
Blumenkellen;
Bohrbinden;
Buchbinder-schnurpfingen;
Büchsendöffner;
Drahtpanner;
Drillbohrdreher;
Durchschläger;
Erzkräger;
Feilscherlagen;
Fleischbauer;
Gartenmesser;
Glaseranzaumesser;
Glaserstimmer;
Gewindebohrer bis 3 mm Durch-
messer;
Hackmesser;
Hämmer im Stüdgewicht bis
500 Gramm;
Hämmer zum Dengeln von Sen-
fen;
Handobel;
Handobeleisen;
Aufmesser;
Herbschnittmesser;
Kundergartengeräte;
Kistendöffner;
Mehlschrauben;
Knochenpalter;
Kohlenlöfler;
Korkzangen;
Körner;
Küchenmesser;
Laubsägen (Laubsägeblätter);
Leimtrechte;
Lineale;
Locheisen;
Mauerbohrer;
Mauerkellen;
Mobiltinnenzangen;
Nagelbiden;
Nageltreiber;
Oefenzangen;
Plombierzangen;
Pflugscharen;
Pflugstreichbretter;
Rosenstoßeisen;

Reibahlen bis 3 mm Durchmesser;
Robrzangen;
Rohrdrneider;
Rollbandmaße;
Rübennmesser;
Sattelmesser;
Scharier- und Spigenwerkzeug;
Scheren, sofern nicht zum Draht-
oder Bleischnitten geeignet;
Schinkenaushobrmesser;
Schlangenbohrer;
Schmelztiegelzangen;
Schneidkluppen, Bindeisen, Bal-
ter und Baden zu Gewinde-
bohrern und Reibahlen bis
3 mm Durchmesser und zu
Spitalbohrern bis 1,2 mm
Durchmesser;
Schneckenbohrer für Handbetrieb;
Schränkchen für Sägen;
Schraubenschlüssel;
Schraubenzieher;
Schreiftisen;
Schuhmacherahlen;
Sackstein;
Sechshörnerr;
Spiralbohrer bis 1,2 mm Durch-
messer;
Stangenbohrer;
Stanniolzubezangen;
Steinfägen;
Steinfägenangeln;
Stichtin für lithographische
Zwecke;
Stocheisen;
Strohsewidemesser;
Taster;
Unkrauthaden;
Wabenzangen;
Weidschaber;
Regstähle;
Wiegemesser;
Winkel;
Zahlen- und Buchstabenstempel;
Ziehlingen;
Zirkel;
Zoffstöde;
Zuderzangen;
Zugmesser.

Berlin, den 30. Mai 1916.

Der Reichsanzler.
Im Auftrage: Müller.

Ausführungsbestimmungen

zur Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln.

Auf Grund der Vorschriften der §§ 1 und 3 der Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln, vom 11. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 569) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 147) bestimme ich:

§ 1. Die Bestimmungen in § 11 Nummer 2 der Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln, vom 1. October 1915 (Reichsanzeiger Nr. 233 vom 2. Okt. 1915) gilt nicht für die Durchfuhr nach den besetzten Gebieten.

§ 2. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 1. Juni 1916.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, bringe ich Nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Von der Liste der zur Ausführung freigegebenen Waren nach Ziffer I der Bekanntmachung vom 16. Februar 1916 werden gestrichen:

Meerrettich (Nr. 33 n des Statistischen Warenverzeichnisses).

Bleichfellei (Nr. 33 p), Rhabarber (Nr. 33 q), Presse und Knob-
lauch (Nr. 33 r).

Berlin, den 26. Mai 1916.

Der Reichsfanzler.

Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

Über Auskunftsverteilung auf Grund der Verordnung, betreffend die
private Schwefelwirtschaft.

Vom 13. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 761).

Gemäß § 3 der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, vom 13. November 1915 (Reichs-Gesetzl. S. 761) sind die für die Berechnung der Umlage erforderlichen Auskünfte hinsichtlich der im Mai 1916 erzeugten Mengen Schwefelsäure und Oleum bis zum 15. Juni 1916 zu erteilen. Die nach §§ 2 und 3 der Verordnung Melde- und Umlagepflichtigen haben die Zustellung von Fragebogen für die Auskunftserteilung unverzüglich bei der Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft, Berlin W. 9, Röhrender Straße 1—4, zu beantragen, soweit sie ihnen nicht unmittelbar zugänglich sind.

Die Umlage ist zu entrichten von den Erzeugern von Schwefelsäure und Oleum für die in der betreffenden Rechnungsperiode verarbeiteten Mengen von Schwefel und schwefelhaltigen Rohstoffen.
Berlin, den 26. Mai 1916.

Der Reichsfanzler.

Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

zur Vereinfachung der Beföstigung. Vom 31. Mai 1946

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. In Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie in Vereins- und Erfrischungsräumen dürfen an den Tagen, an denen die Verabfolgung von Fleisch, Fleischwaren und Fleischbeissen nach der Verordnung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauches vom 28. Oktober 1915 (Reichsgesetzbl. S. 714) überhaupt zulässig ist, zu einer Mahlzeit nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden. Jedem Gaste darf zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabfolgt werden. Als Fleischgerichte im Sinne der Vorschriften in Satz 1 und 2 gelten nicht Fleisch als Aufschnitt auf Brot, sowie Brüh- und Kochwürste.

Beste Speisensolgen dürfen höchstens folgende Gänge enthalten: eine Suppe, ein Fischgericht oder Zwischengericht, zu dem Fleisch nicht verwendet ist, ein Gericht aus Fleisch mit Beilage, eine Süßspeise oder Käse oder Dummkost oder Früchte. An fleischlosen Tagen dürfen sie ein weiteres Fischgericht oder Zwischengericht, zu dem Fleisch nicht verwendet ist, enthalten.

§ 2. Die Verabreichung von warmen Speisen, zu deren Zubereitung Fett verwendet ist, auf Vorlageplatten oder -schüsseln ist verboten, soweit es sich nicht um die gleichzeitige Verabreichung desselben Gerichts an zwei oder mehrere Personen handelt.

§ 3. Die Verabfolgung von roher oder zerlassener Butter zu warmen Speisen ist verboten.

§ 4. Als Fleisch im Sinne dieser Verordnung gilt: Rind-, Kalb-, Schaf-, Schweine- und Ziegenfleisch, sowie Fleisch von Geflügel und Wild aller Art. Ausgenommen sind Kopf, Zunge und innere Theile.

§ 5. Die Unternehmer haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Betrieben aufzuhängen.

§ 6. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3 und 5 zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu hundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 7. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auch auf Verbrauchervereinigungen Anwendung.

§ 8. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Behörden sind befugt, für den einzelnen Fall Ausnahmen zu gestatten.

§ 9. Diese Verordnung tritt am 7. Juni 1916 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertrittens.
Berlin, den 31. Mai 1916

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Gelfferich.

Bekanntmachung

Über Druckpapier. Vom 8. Juni 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 18. April 1916 über Druckpapier (Reichs-Gesetzbl. S. 306) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe (§ 6 der Bekanntmachung über Druckpapier vom 19. April 1916 (Bentralblatt für das Deutsche Reich S. 84) wird ein Beirat beigegeben, der aus Vertretern der beteiligten Gewerbe besteht und über grundsätzliche Fragen, die den Papierverbrauch der beteiligten Gewerbe betreffen, zu hören ist.

Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung des Beirats und die Bestellung der Mitglieder trifft der Reichskanzler. Die Mitglieder des Beirats sind verpflichtet, über Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch die Ausübung ihrer Befugnisse zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsverhältnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 2. Die kostenlose Abgabe von Sonderblättern (sogenannten Extrablättern), abgesehen von solchen, deren Ausgabe die Oberste Landesleitung ausdrücklich als erwünscht bezeichnet hat, wird verboten.

§ 3. Die Zahl der Zeitungsbeilagen, die auf anderen als maschinenglattem, holzartigem Druckpapier gedruckt und einer Zeitung, Zeitschrift oder sonstigen periodisch erscheinenden Druckchrift kostenlos beigelegt werden, darf von heutigem Tage ab nicht vermehrt werden. Die Beifügung einzelner Prospekte, Kellama- und ähnlicher Beilagen wird von diesem Verbote nicht berührt.

Der Seitenumfang von Zeitungsbeilagen der in Absatz 1 genannten Art darf vom heutigen Tage ab über den Seitenumfang hinaus, den die Beilagen in der zweiten Woche des Monats Mai 1916 gebracht haben, nicht vermehrt werden.

§ 4. Zeitungsbeilagen, die in dem verwendeten Papier und der Ausstattung mit dem Hauptblatt der Zeitung übereinstimmen, dürfen vom heutigen Tage ab auf anderem als maschinenglattem, holzartigem Druckpapier nicht gedruckt werden.

Zeitungen, Zeitschriften und sonstige periodisch erscheinende Druckchriften, die bis zum 19. April 1916 auf maschinenglattem, holzartigem Druckpapier gedruckt worden sind, dürfen vom heutigen Tage ab nur auf solchem Papier gedruckt werden.

§ 5. Der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe sind auf deren Ersuchen unverzüglich alle Auskünfte zu erteilen, die erforderlich sind, um die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen (§§ 2 bis 4) zu überwachen.

§ 6. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafen bis zu zehntausend Mark wird bestraft:

1. wer den Bestimmungen der §§ 2, 3 oder 4 zuwiderhandelt,
2. wer die ihm nach § 5 obliegenden Auskünfte nicht erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Berlin, den 3. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Betr.: Brotkarten-Nachweisung für vorübergehend anwesende Personen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern daran, daß die Brotkarten-Nachweisung für die Zeit vom 16. Mai 1916 bis zum 15. Juni 1916 längstens bis zum 16. Juni l. J. an den Kommunalverband, Meldeverteilungsstelle Gießen, einzusenden ist.

Zu der Nachweisung ist unter Nr. 3 (Kriegsgefangene) stets anzugeben, welchem Kriegsgefangenenlager die Kriegsgefangenen und Wachmannschaften angehören.

Gießen, den 9. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Die Siderung der Ernte 1916.

An die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises Gießen.

Die bevorstehenden Erntearbeiten geben uns Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, wie dringend notwendig es ist, daß sich die Gemeindeverwaltungen eingehend um die rechtzeitige und ordnungsmäßige Einbringung der Ernte kümmern. Wir empfehlen Ihnen, zu Ihrer Unterstützung die für die Gemeinden bestellten Deputationen sowie die Feldgeschworenen und Feldschützen zuzuziehen. Dringend geboten ist es, daß Frauen, deren Angehörige im Heere stehen, der erforderliche Rat und Beistand, soweit er nicht durch Verwandte erfolgen kann, durch die Gemeindeverwaltung geleistet wird.

Wir geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß Sie alles daran setzen werden, um im Hinblick auf die Siderung der Volksernährung eine rechtzeitige und vollständige Einbringung der Ernte zu sichern.

Gießen, den 10. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Trotz den Bestimmungen der Bekanntmachung des k. k. Generalkommandos des XVIII. A.-K. vom 1. März 1916 (S. 51) werden nach Mitteilung des k. k. Generalkommandos die festgesetzten Höchstpreise schon durch die Zwischenhändler überschritten. Wir machen nochmals auf die dort abgedruckten Bestimmungen aufmerksam und weisen die Polizeibehörden an, Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 9. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Grohh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wegen dringenden, uns von der Landeskartoffelstelle aufgegebenen Kartoffellieferungen nach auswärts beauftragen wir Sie, sofort telegraphisch oder telefonisch an unseren Kommissär, Leopold Mayer, Gießen, die in Ihren Gemeinden noch verfügbaren Kartoffelmengen mitzuteilen. Auslagen jeder Art werden vergütet.

Wir machen weiter darauf aufmerksam, daß niemandem der Verkauf von Kartoffeln im Kreise gestattet ist, außer dem genannten Kommissär und seinen mit Ausweis versehenen Bevollmächtigten. Jeder andere Händler ist uns zur Anzeige zu bringen.

Die Landeskartoffelstelle hat weiter mitgeteilt, daß Kartoffeln nicht mehr veräußert werden dürfen. Es ist dies bekannt zu machen.

Gießen, den 10. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 1. d. M. als versucht zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Dieburg, Büdingen, Rains, Worms.
2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme von Allenstein, Stadtkreis Berlin, Pleskau, Bismarck, Danneburg, Osnabrück, Münster, Trier, Aachen, Oberhausen, Barmen, Chemnitz, Zwickau, Freiburg, Karlsruhe, Mecklenburg-Strelitz, Lübeck in Oldenburg, Birkfeld, Sachsen-Altenburg, Coburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß a. L., Reuß i. F., Schaumburg-Lippe, Lüneburg, Bremen, Hamburg.

Gießen, den 9. Juni 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Allendorf a. d. Lumba; hier die Drainagen.

Am der Zeit vom 24. Juni bis einschließlich 8. Juli l. J. liegt auf Grohh. Bürgermeisterei Allendorf a. d. Lumba, das Projekt über Herstellung der Drainagen in den Fluren II, III, VII, IX, XIII, XXIX und XXX, nebst allgemeinem Beschluß über die Drainage und die Erhebung von Zinsen für Drainagekosten vom 5. Juni l. J. zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einsendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses während der oben angegebenen Offenlegungsfrist bei Grohh. Bürgermeisterei Allendorf a. d. Lumba schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg den 5. Juni 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schmittspahn, Regierungsrat.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

22. Woche. Vom 28. Mai bis 3. Juni 1916.
Einwohnerzahl: angenommen zu 33 100 (inkl. 1800 Mann Militär).
Sterblichkeitsziffer: 18,45 ‰
Nach Abzug von 8 Detzkeenden: 6,29 ‰.

Es starben an	Jah.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 16. Jahr
Angehöriger Lebensschwäche	1	—	1	—
Diphtherie	1	—	—	1
Lungentuberkulose	2 (2)	2 (2)	—	—
Krankheiten des Herzens	3 (2)	2 (1)	—	1 (1)
Blinddarmentzündung	1 (1)	1 (1)	—	—
Krankheiten der Parnorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
Krebs	2 (1)	2 (1)	—	—
sonstigen Todesursachen	1 (1)	1 (1)	—	—
Summa:	12 (8)	9 (7)	1	2 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Veröffentlichung des Grohh. Kreisgesundheitsamts Gießen.

Dr. Walger, Med.-Nat.